

Steuersubjekt

Wer bezahlt? z.B. Steuerpflichtiger oder dritter in seinem Auftrag

1. Zur Steuerleistung verpflichtete Person. (Wer ist steuerpflichtig?)
2. Persönliche oder wirtschaftliche Zugehörigkeit, eine Person wird durch **einer** dieser zwei Zugehörigkeiten am entsprechenden Ort steuerpflichtig. (Rechtsfähigkeit bei juristischen Personen)

Bsp: Einkommens- und Vermögenssteuer ⊗ natürliche Personen
Gewinn- und Kapitalsteuer ⊗ juristische Personen

Persönliche Zugehör.

Natürliche Personen sind aufgrund persönlicher Zugehörigkeit **unbeschränkt** steuerpflichtig, wenn sie ihren steuer- bzw. zivilrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der CH haben. **DBG 3**. Die Tatsache des Aufenthalts und die Absicht des dauernden Verbleibens sind dabei massgebend. I.d.R. hat der Familienort die grösste Bedeutung, dies gilt auch für Wochenaufenthalter und Pendler.

Wirtschaftliche Zugehör.

Ist eine **beschränkte** Steuerpflicht für das mit der wirtschaftlichen Zugehörigkeit zusammenhängende Einkommen und Vermögen. Personen ohne Wohnsitz in der CH sind aufgrund der wirtschaftlichen Zugehörigkeit steuerpflichtig wenn sie: in der CH eine Erwerbstätigkeit ausüben, Inhaber, Teilhaber oder Nutzniesser von Geschäftsbetrieben in der CH sind. ⊗ **DBG 4 + 5**.

Steuerobjekt

Aufgrund welchen Tatbestands? z.B. Erzielen von Einkünften, Halten von Vermögen

Ist der Gegenstand der Steuererhebung. Steuerobjekte sind:

Urkunden und Informationen ⊗ Stempelsteuer

Objekte ⊗ MWST

Einkommen ⊗ Einkommenssteuer

Grundeigentum ⊗ Liegenschaftsteuer

Steuerfreie Einkünfte**DBG 24**

1. Grundsätzlich steuerfreie **Kapitalgewinne (Kursgewinne)** gem. **DBG 16 III**
2. Vermögensanfall infolge **Erbschaft, Schenkung, oder Scheidung**. Erbschaft + Schenkung unterliegen der kantonalen Erbschafts- und Schenkungssteuer. Jede Leistung die eine Gegenleistung hat stellt keine Schenkung dar. Trinkgelder gehören zum Einkommen.
3. Vermögensanfall aus rückkaufsfähiger **privater Kapitalversicherung**. **Ausgenommen sind Freizügigkeitspolicen und LV mit Einmalprämie, die nicht der Vorsorge dienen.**
4. Unterstützung aus öff. Oder privaten Mitteln. **AHV, IV werden vom Ek. abgezogen, jedoch dann bei Rentenauszahlung versteuert.**
5. Alimente
6. Sold für Militär + Schutzdienst
7. Einkünfte aus Glücksspielen

Direkte Steuer

Steuersubjekt und Steuerträger ist die gleiche Person, bzw. die Steuer kann nicht überwält werden, z.B. Einkommens, Vermögens sowie Gewinn- und Kapitalsteuer. Die **Steuerberechnungsgrundlage** ist das Objekt bzw. das Einkommen und Vermögen bei **nat. Person und Gewinn und Kapital bei juristischer Person**.

Indirekte Steuer

können oder müssen vom Steuerpflichtigen als Steuersubjekt auf einen Dritten überwält werden, z.B. VS-Steuer, MWST.

Bundessteuer

Direkte Bundessteuer, MWST, Verbrauchssteuern (Tabak, Alk, Bier, Auto, Mineralöl, Erdgas und Treibstoffe)

Steuersatz /Tarif /Steuerfuss ⚭ 100% für Kanton, ca. 70-130% je nach Gemeinde

Steuerhoheit

Wer erhebt? z.B. Bund, Kanton oder Gemeinde.

Befugnis Steuern zu erheben steht dem Bund, Kantonen und Gemeinden zu. Die **Kanton und Gemeinde** erhebt im Gegensatz zum Bund zusätzlich eine **Vermögenssteuer**.

Heirat

Im Jahr wo geheiratet wird, wird das Paar schon für dieses Jahr gemeinsam veranlagt. Grundsätzlich haftet das Ehepaar solidarisch für die Steuern. Ist jedoch der eine Ehegatte zahlungsunfähig, so haftet der andere nur auf seinen eigenen Steuerteil.

Scheidung

Im Jahr wo geschieden wird, werden die geschiedenen Ehegatten schon wieder getrennt veranlagt, bzw. das Einkommen wird wieder getrennt versteuert.

Umfang Steuerpflicht

Bei persönlicher Zugehörigkeit ist die Steuerpflicht nach **DBG 6 I** unbeschränkt, das weltweite Einkommen muss versteuert werden.

Für ausländische Geschäftsbetriebe kann nach **DBG 6 III** ein evt. Verlust im Ausland mit dem Gewinn des inländischen Betriebs verrechnet werden. *BSP: Gewinn in CH von 200'000 und Verlust von 50'000 in Vaduz = 150'000 zu versteuernder Gewinn.*

Ausländische Gewinne

Werden bei unbeschränkter und beschränkter Steuerpflicht **satzbestimmend** berücksichtigt. **DBG 7 I**

Ausländische Verluste

- Unbeschränkte** Steuerpflicht: **nicht abziehbar vom Einkommen**,
⚭ **aber:** Ausländische Verluste werden **satzbestimmend** berücksichtigt.
- Beschränkte** Steuerpflicht: **nicht abziehbar vom Einkommen**.
⚭ **und:** Ausländische Verluste werden **nicht satzbestimmend** berücksichtigt.

Ermittlung des steuerbaren Einkommens:

Einkünfte	+ Unselbständige Erwerbstätigkeit	
Einkünfte	+ Selbstständige Erwerbstätigkeit	
Einkünfte	+ Vermögensertrag aus beweglichem Vermögen	
Einkünfte	+ Vermögensertrag aus unbeweglichem Vermögen	
Einkünfte	+ Einkünfte aus Vorsorge	
Einkünfte	+ Übrige Einkünfte	
	- Gewinnungskosten (Berufsauslagen), DBG 26-32	Abzüge
	- Allgemeine Abzüge (Schuldzinsen VS-Prämien etc.)	Abzüge
	= Reineinkommen	
	- Steuerfreibeträge (DBG 35), Sozialbezüge	Abzüge
	= Steuerbares Einkommen	

Einkommenssteuer

- Einkommen ⚭ aus un / selbständiger Erwerbstätigkeit
⚭ aus un / beweglichem Vermögen
- Ek. aus Vorsorge ⚭ Renten, Leistung aus Vorsorgeeinrichtung
- Übrige Einkünfte ⚭ Vers.-Leistungen, Lotteriegewinne usw.

Gewinnungskosten

sind jene Kosten, die unmittelbar erbracht werden, um die steuerbaren Einkünfte zu erzielen (Berufsauslagen). Nach **DBG 26 I** sind abzugfähig:

- Kosten für Fahrten zwischen Wohn und Arbeitsstätte ⚭ grundsätzlich die Kosten für den ÖV, nur wenn dieses nicht zumutbar ist dann die Kosten für Autofahrten.

2. Mehrkosten für Verpflegung ausserhalb der Wohnstätte und bei Schichtarbeit
3. übrige für die Ausübung des Berufes erforderlichen Kosten
4. **mit dem Beruf zusammenhängende Weiterbildungs- und Umschulungskosten**

Weiterbildungskosten müssen unmittelbar im Zusammenhang mit der Berufsausübung stehen und können nur in der gleichen Jahresperiode abgezogen werden **DBG 26**.

Umschulungskosten müssen zwingend sein, z.B. aufgrund Betriebsschliessung, Krankheit oder Unfall.

Ausbildungskosten **können nicht vom EK abgezogen werden** **DBG 34**. Sie dienen der Erlernung eines Berufes. Entweder um in einer höheren Berufsstellung oder sogar in einem anderem Beruf tätig zu sein.

Abzug-Pauschalen Mehrkosten für Verpflegung am Arbeitsplatz **max. 3200 p.a.** übrige Berufskosten 3% vom Nettolohn, jedoch **max. 4000 p.a** **VO EFD Art 3, Anhang**.

Allg. Abzüge BSP: Schuldzinsen (Hypothekarzinsen) **DBG 33 & 212**, Unterhaltsbeiträge bei Scheidung und Trennung (Alimente), Beiträge an Vorsorge und Versicherungen, Krankheits-, Unfall- und Invaliditätskosten.

Sozialabzüge Vom EK werden 6'100 für jedes minderjährige oder in beruflich Ausbildung stehende Kind, für dessen Unterhalt der Steuerpflichtige sorgt, abgezogen. **DBG 213**

Nicht abziehbare Kosten Ausbildungskosten, Aufwendung für Schuldentilgung, Aufwendung für Unterhalt der Familie usw. **DBG 34**

Einkünfte Unselbstständ. Vertraglicher Lohn, Zulagen für Schicht, Nacht oder Sonntagsarbeit. Spesen, Gratifikationen, Tantieme, Jubiläumsgeschenke usw. Trink und Schmiergelder. Naturalleistungen, die u. a. in Form von Essen oder Unterkunft vorkommen, sind zu dem Betrag zu versteuern, als würde man diese Leistungen selber kaufen.

Ertrag aus bew. Ver. Wenn die Obligation **vor dem Verfallsdatum veräussert wird**, ist der Kursgewinn und der im Preis enthaltene Marchzins **steuerfrei** \pm **Kapitalgewinn** **DBG 16!** **Vorbehalten bleibt** **DBG 20 1b: die Hälfte der Einmalverzinsung (Gesamtrendite) ist mehr (über 50%) im Verhältnis zum periodischen Zins. Somit ist der Veräusserungsgewinn (Kaufpreis-Verkaufspreis) steuerpflichtig.** Den Zins (Coupon) den man aus Guthaben (Obligation)

Vermögensertrag bezieht, ist jedes Jahr als **Vermögensertrag nach DBG 20 steuerbar!**

	Periodische Verzinsung (z.B. jedes Jahr 5 %)	Mischform Falls periodische Verzinsung mehr als 50% der Gesamtrendite ist	Falls periodische Verzinsung weniger als 50% der Gesamtrendite ist	Einmalverzinsung (ich zahle 800, bekomme 1000 zurück)
Laufende periodische Zinseinkünfte	steuerpflichtig	steuerpflichtig	steuerpflichtig	-
Einkünfte bei Kapitalrückzahlung des Emittenten	steuerfrei	steuerpflichtig	steuerpflichtig	steuerpflichtig
Einkünfte bei Veräusserung an dritte	steuerfrei	steuerfrei	steuerpflichtig	steuerpflichtig

*Verkauf Obligation an dritte: Emissionspreis = 94% bzw. 940, Nennwert 1000, p.a. Zins = 2%, Gesamtrendite =6%. Die Periodische Verzinsung beträgt 2% bzw. 20 p.a. und dies macht nur 40% der Gesamtrendite (6%) aus. Die periodische Verzinsung beträgt somit weniger als die Hälfte der Gesamtrendite und ist dadurch **steuerpflichtig**. \rightarrow die Hälfte der Einmalverzinsung $6:2=3\%$ ist mehr (überwiegend) im Verhältnis zum periodischen Zins von 2%.*

Marchzins

Ist der aufgelaufene Zins für die Dauer des Haltens der Anlage. Für den Verkäufer ist der Marchzins den er bekommt steuerfrei, den er stellt einen Kapitalgewinn dar, vom Käufer kann er aber nicht als Schuldzins in Abzug gebracht werden.

Einkünfte aus Guthaben

Einkünfte (Zinsen) aus Guthaben und Forderungen wie Darlehen, Pfandbriefen, Bank- und Sparguthaben sind geldwerte Vorteile und steuerbar!

Ertrag aus unbew. Verm.

Steuerbar sind alle Einkünfte aus Vermietung, Verpachtung, Nutzniessung DBG 21 I a Steuerbar ist der Eigenmietwert einer Liegenschaft, die man zum Eigenverbrauch benutzt. DBG 21 I b

Unbewegliche Vermögen

Nach ZGB 655 sind es die Grundstücke, die im Grundbuch eingetragen sind.

Eigenmietwert

1. Einzelbewertung: Berücksichtigung von örtlichen Mietzinsverhältnissen, Lage, Alter, Grösse, Ausbau und Zustand.
2. Bewertung auf Grundlage kantonaler Schätzung
3. Bewertung in Sonderfällen: Objekte die sich massgeblich unterscheiden (Luxusvillen)

Wieso Eigenmietwert?

Bei gleicher wirtschaftlicher Leistung müsste der Mieter, weil er die zu den Lebenskosten zählenden Mieten nicht vom steuerbaren Ek abziehen kann, wesentlich mehr Einkommenssteuern zahlen als ein Grundeigentümer, dem der Nutzungswert der eigenen Wohnung nicht als Einkommen angerechnet würde. Deshalb wird der Eigenmietwert bei Inhabern von Liegenschaften zum Einkommen dazu addiert.

Abzüge bei unbew. Ver.

Nach DBG 32 II kann man die Aufwendungen bzw. Unterhaltskosten an Liegenschaften (Privatvermögen) und Versicherungsprämien abziehen. Anstelle der tatsächlichen Kosten kann auch ein Pauschalabzug geltend gemacht werden.

Pauschalabzug

Liegenschaften unter 10 Jahren = 10% des Eigenmietwertes
 Liegenschaften über 10 Jahre = 20 % des Eigenmietwertes
 Alles was werterhaltend ist, ist abzugsfähig! BSP: eine Küche, Kühlschrank oder Heizung die 15 Jahre alt ist, wird ausgetauscht.
 Alles was wertvermehrend ist, ist nicht abzugsfähig! BSP: Der Teil, der einen Mehrwert des Hauses darstellen würde, (pool). Ausnahme: Energiesparen/Umweltschutz

Vorsorge

Sollte 60% des bisherigen Lebensstandartes decken

1. Säule: AHV, IV, EO, ⚡ abzugsfähig DBG 33 I d,f bzw. 212
2. Säule: 2a = BVG & UVG Obligatorium ⚡ abzugsfähig
2b = BVG & UVG überobligatorisch ⚡ begrenzt abzugsfähig
3. Säule: 3a = gebundene Selbstvorsorge ⚡ begrenzt (6567.-) abzugsfähig
3b = freie Selbstvorsorge ⚡ begrenzt abzugsfähig

Diese Beträge die vom EK abgezogen werden, müssen jedoch bei der Auszahlung (Einkünfte aus Vorsorge) unterschiedlich versteuert werden.

Einkünfte aus Vorsorge

Voll steuerbar	1. Einkünfte aus 1. und 2. Säule (AHV, IV, BVG = Kapitalabfindung) *
DBG 17 II, 20 I, 22 I, 23 a-d	2. Rückkaufsfähige Kapitalvers mit Einmalprämie im Erlebensfall, (ohne Vorsorgecharakter)
Teilweise steuerbar	1. Einkünfte aus Leibrenten, lediglich zu 40% steuerbar
Steuerfrei	1. Rückkaufsfähige Kapitalvers, (LV) mit Vorsorgecharakter = Auszahlung ab 60 aufgrund eines mind. 5 jährigen Verhältnisses.
DBG 20 1a, 24 b,c,d,h	2. Kapitalzahlung BVG bei Stellenwechsel, (das Geld wird zur neuen PK transferiert) 3. Sozialleistungen, (Unterstützungen aus öffentlichen und privaten Mitteln).

* Kapitalleistung aus Vorsorge **DBG 38**: Kapitalleistungen mit Vorsorgecharakter werden nach **DBG 22**, z.B. aus Säule 2 und 3a, **gesondert besteuert**. Die Bundessteuer wird zu **einem fünftel 1/5** der Tarife nach **DBG 36 & 214** berechnet. **Das ist der Sinn der Sache!!!**

Dividenden **Nach DBG 20 I c**, sind alle Dividenden, Liquidationsüberschüsse, Gewinnanteile und Geldwerte Leistungen steuerbar.

Vermögenssteuer Nur die Gemeinde und der Kanton erheben Vermögenssteuer, nicht der Bund. Das **Reinvermögen** bildet die Summe aus dem beweglichen (Geld, Wertschriften) und unbeweglichen (Haus, Landwirtschaft) Vermögen, abzüglich der nachgewiesenen Schulden. Das Vermögen ist grundsätzlich zum Verkehrswert zu besteuern. Bei Börsenpapieren gilt der Kurswert als Verkehrswert. Nichtkотиerte Wertpapiere werden zu ihrem inneren Wert bewertet.

Ausnahmen Renten, Pension, Alimente, Vermögen in den Säulen 2 und 3a, **der Hausrat und die persönlichen Gebrauchsgegenstände StHG 13 IV**

Steuerbemessung: **Postnumerandobesteuerung:** Für die Steuerperiode 2009 wird das Jahr 2009 als Bemessungsperiode benutzt. Die Veranlagungsperiode ist das Jahr 2010, dann wird die Steuer geschuldet und muss bezahlt werden.

Steuermass: **Die Steuer kann**
proportional £ **Gewinnsteuer**, also durch steigenden Gewinn steigt proportional die Steuer
progressiv £ **Einkommenssteuer**, also durch steigendes Ek. steigt die Steuer stärker an, sein.

Steuersatz / tarif ist das gesetzliche Grundmass der Steuer von einer bestimmten Berechnungsgrundlage.
£ in % Für die **direkte Bundessteuer** kann aus dem **%-Steuersatz** direkt die geschuldete Steuer berechnet werden £ **DBG 214 I**.

BSP **Steuerbares Ek.** 47'500. Nach **DBG 214 I**
 bis 39'000 = 205.65 + ((47'500-39'000):100 x 2.64)=**430.05 Total direkte Bundessteuer**
 Bei den **Kantonalen (Staats) Steuern** besteht das Steuermass aus einem **%-Steuersatz** und einem von Kanton zu Kanton **variablen %-Steuerfuss**. Der **Steuersatz** ergibt die „einfache Steuer“ £ **StG 35 I**.

BSP

Steuerbares und Satzbestimmendes Ek. 46'800 Nach StG 35 I		
Die ersten 6200	= 0% = 0	(„summe“ Ek. 6200)
Die weiteren 4300	= 2% = 86	(„summe“ Ek. 10500)
Die weiteren 4300	= 3% = 129	(„summe“ Ek. 14800)
Die weiteren 7000	= 4% = 280	(„summe“ Ek. 21800)
Die weiteren 8600	= 5% = 430	(„summe“ Ek. 30400)
Die weiteren 9900	= 6% = 594	(„summe“ Ek. 40300)
46800-40300=6500	= 7% = 455	(„summe“ Ek. 46800)
Total addiert	= 1974 £	einfache Steuern
Einfache Steuern x Steuerfuss Kanton + Steuerfuss Gemeinde + Kirche		
1974 / 100% x (100% Kanton + 78% Gemeinde + 9% Kirche) = 3691.38		

Steuerfuss ist bei den kantonalen Steuern der festgelegte Multiplikator in %, mit dem die einfache Steuer zum effektiven Steuerbetrag umgerechnet wird. Der **Kantonssteuerfuss** wird alljährlich vom Kantonsparlament festgelegt. Hinzu kommt der von der Gemeindeversammlung bzw. Gemeindeparlament festgesetzte **Gemeindesteuerfuss**.

Die Vermögenssteuer bewegt sich im **0.5 bis 3 Promille Bereich**.

Der Steuersatz wird je nach Vermögen nach **StG ZH 47** bestimmt.

Wohnungseinrichtung gilt nach **StG ZH 38 IV** als Hausrat und ist **nicht steuerpflichtig**.

Unsichere Forderungen gelten, bei Nachweis, **nicht als steuerpflichtig**.

⌚ Steuerbares Vermögen x Steuersatz (aus Gesetz)

=Einfache Kantonssteuer (A)

Bsp

	Vermögen von 500'000 nach StG ZH 47		
Die ersten 7100 sind steuerfrei →	Die ersten 71'000	= 0 Promille	= 0
	Die weiteren 213'000	= 0.5 Promille	= 106.5
(213'000+71'000=284'000)	500'000-284'000= 216'000	= 1,0 Promille	= 216
	Total addiert		= <u>322.50</u>
	(für 1 Mio Vermögen = 1220.-Steuern)		

Steuerberechnung EK

⌚ Steuerbares EK x **Steuersatz** (aus StG ZH) =Einfache Kantonssteuer 100%

⌚ Einfache Kantonssteuer / 100 % x (Steuerfuss Kanton + Steuerfuss Gemeinde + Steuerfuss Kirche)

=Total Kantons- und Gemeindesteuern (B)

⌚ Steuerbares EK x Steuersatz direkte Bundessteuer

= Direkte Bundessteuer (C)

A+B+C = Summe Totale Steuerbelastung

1. Bund

⌚ **Normaltarif** nach DBG 214 GT oder VT

⌚ **Sondertarif** nach DBG 37 & 38 (Rentensatz & „1/5“)

2. Kanton&Gemeinde

⌚ **Normaltarif** nach StG-ZH 35 I

⌚ **Sondertarif** nach StG-ZH 35,36,37

Steuerverfahrensrecht

Veranlagungsverfahren

1. Aufforderung zur Erstellung inkl. Notwendige Beilagen

DBG 125

2. Einreichung Steuererklärung

DBG 124

3. Untersuchungsverfahren

⌚ die Steuererklärung wird auf ihre inhaltliche Richtigkeit geprüft.

4. A. Veranlagungsverfügung ⌚ die zu bezahlende Steuer wird aufgrund Steuererklärung ermittelt

DBG 116, 131

B. Ermessensveranlagung ⌚ zu bezahlende Steuer wird aufgrund fehlender Daten geschätzt

DBG 130 II

5. Rechtsmittelverfahren

Wenn die Steuerpflichtigen mit der Steuerrechnung nicht einverstanden sind, können sie sich mit einem **Einspracheverfahren** zur Wehr setzen. **Diese Einsprache ist innerhalb von 30 Tagen** schriftlich bei der Veranlagungsbehörde **zu erheben**.

Fristenlauf

(Fristenstillstand)

DBG 133: Der Fristenlauf in den Sommer, 10.07-20.08, und Winterferien 20.12-08.01 kommt nur im Kanton vor, jedoch nicht beim Bund.

Fristenstreckung

BSP für Ordnungsbusse: **DBG 184**, relative Frist 2J. absolute Frist 3J.

⌚ bei Einsprache steht Frist still.

Die Einsprachebehörde kann nach Überprüfung des Dossiers sowohl zum Vorteil des Steuerpflichtigen als auch zu dessen Nachteil die Verfügung abändern.

- 6. Rechtskraft
- 7. Steuerentrichtung, Fälligkeit **DBG 161, 162**

Verletzung der Verfahrenspflichten

- 1. Ist wen jemand vorsätzlich oder fahrlässig trotz Mahnung die Steuererklärung oder die dazu notwendigen Beilagen nicht einreicht,
- 2. eine Auskunft- oder Meldepflicht nicht erfüllt,
- 3. Pflichten verletzt, die ihm als Erbe obliegen, **DBG 174 I**

Vollendete Steuershinterz-

Objektive TBE: Unvollständige Deklaration \pm Unterbesteuerung ist dadurch Eingetreten. (z.B. Nichtangabe eines ausländischen Kontos)
Subjektive TBE: Fahrlässigkeit oder Vorsatz des Steuerpflichtigen.

Folgen: für den hinterzogenen Betrag sind **Nachsteuern samt Zinsen** zu bezahlen. Zusätzlich ist eine **Busse** zu entrichten. Diese beträgt das Einfache der hinterzogenen Steuer und kann bei leichtem Verschulden bis auf 1/3 gekürzt und bei schwerem Verschulden auf das 3fache erhöht werden.

Steuershinterziehung ist eine Übertretung DBG 175. Versuchte Hinterz.: **DBG 176**

Steuerbetrug

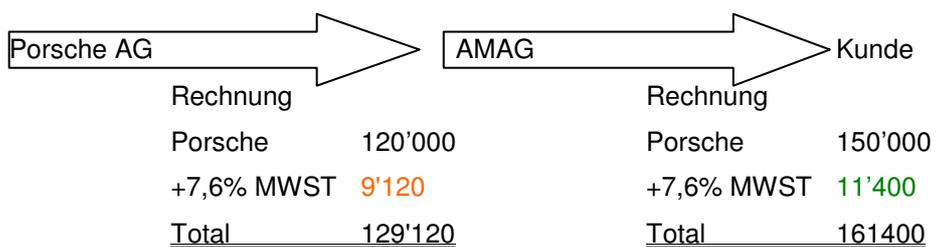
Objektive TBE: Absicht zur Steuershinterziehung, Täuschung der Steuerbehörde, Verwendung falscher Urkunden (z.B. Lohnausweis fälschen).
Subjektive TBE: Vorsatz des Steuerpflichtigen, mit Wissen und Willen.

Steuerbetrug begeht wer absichtlich bzw. vorsätzlich zum Zweck der Erwirkung eines Vorteils gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörde einreicht.

Steuerbetrug ist ein Vergehen. **DBG 186 + 187**

Mehrwertsteuer

Funktionsweise



- \pm Die Porsche AG muss die Umsatzsteuer von 9'120 an EStV abliefern
- \pm Die AMAG kann ihre Vorsteuer von ihrer Umsatzsteuer abziehen und dann die übriggebliebene Umsatzsteuer an die EStV abliefern: $11'400 - 9'120 = 2'280$
- \pm Der Endverbraucher trägt die volle MWST von 11'400
- \pm EStV bekommt $9'120 + 2'280 = 11'400$

Die MWST ist eine Verbrauchssteuer nach dem System der **Netto-Allphasensteuer mit Vorsteuerabzug** und wird auf den Umsätzen im Inland sowie auf den Einfuhren von Gegenständen erhoben.

Steuersubjekt

Sind natürliche, juristische Personen, öff. Anstalten, Gesellschaften usw. die:

MWSTG 21 I

1. eine mit der Erzielung von Einnahmen verbundene
2. gewerbliche oder berufliche Tätigkeit → (einmal verkauft = nicht MWST- pflichtig)
3. ausüben
4. **sofern Lieferungen + DL + Eigenverbrauch im Inland p.a. 75'000 übersteigen**
5. Die Steuerpflicht entsteht ausserdem wenn eine Person p.a. für mehr als 10'000 DL von UG's mit Sitz im Ausland bezieht. **MWSTG 24**

Ausnahmen der Pflicht

- bis 10'000: DL aus dem Ausland sind nach **MWSTG 24** nicht steuerpflichtig. **Über 10'000 sind sie steuerpflichtig**
- bis 25'000: Umsätze von Bund, Kanton, Gemeinden und anderen Einrichtungen des öff. Rechts usw. sind nach **MWSTG 23** nicht steuerpflichtig
- bis 150'000: Umsätze nichtgewinnstrebiger Sportvereine und gemeinnütziger Institutionen sind nach **MWSTG 25 I d** nicht steuerpflichtig
- bis 250'000: **Nicht MWST-pflichtig** nach **25 I a**, sind UG's mit einem Umsatz p.a. bis 250'000, **sofern der zu entrichtende Steuerbetrag nach Abzug der Vorsteuer 4'000 p.a. nicht übersteigt (was selten der Fall ist).**
1. Absolut **nicht steuerpflichtig** sind Landwirte, Forstwirte und Gärtner für die Lieferung der im eigenen Betrieb gewonnenen Erzeugnisse (Blumen, Bäumchen usw.) und Viehhändler und Milchsammelstellen. **MWSTG 25 I b + d**
 2. UG's mit Sitz im Ausland sind aufgrund **MWSTG 25 I c** grundsätzlich **nicht steuerpflichtig**, der CH-Endverbraucher muss jedoch den DL-Import deklarieren und versteuern falls er 10'000 übersteigt.

Beginn der Pflicht**MWSTG 28**

1. Bestehende UG's: Nach Ablauf eines Jahres, in dem der Umsatz 75'000 p.a. überschritten hat. ggf. Umrechnung bei saisonaler Tätigkeit
2. Neu gegründete UG's oder bei Expansion: Bei Beginn der Tätigkeit, wenn anzunehmen ist, das mehr als 75'000 Umsatz generiert wird.
3. Wen man mehr als 10'000 p.a. an DL aus dem Ausland bezieht.

Ende der Pflicht**MWSTG 29**

Am Ende des Jahres, in welchem kein Umsatz mehr von über 75'000 erwirtschaftet wird, oder bei Vermögensliquidation, Konkurs bei Abschluss des Liquidationsverfahrens.

Steuerobjekte**MWSTG 5:**

1. Im Inland erbrachte Lieferungen von Gegenständen **MWSTG 6** (Inlandsteuer)
 2. Im Inland erbrachte DL **MWSTG 7** (Inlandsteuer)
 3. Der Eigenverbrauch im Inland, **MWSTG 9**
 4. Der entgeltliche Bezug von DL aus dem Ausland **MWSTG 10** (Bezugssteuer)
- Der Steuer unterliegen durch das Steuersubjekt getätigte Umsätze, sofern diese nicht ausdrücklich von der Steuer ausgenommen sind \perp **MWSTG 18.**

- Lieferung von Gegenst. **MWSTG 6**
1. Eine Lieferung liegt vor, wenn die Befähigung verschafft wird über einen Gegenstand **wirtschaftlich zu verfügen**, z.B. aufgrund eines **Kaufvertrags**. Als Gegenstände gelten bewegliche und unbewegliche (Liegenschaften) Sachen ⌚ im Sinne des MWSTG auch: Elektrizität, Gas, Wärme.
 2. Eine Lieferung liegt vor, wenn ein Gegenstand zum Gebrauch oder Nutzung überlassen wird ⌚ **Miete**.
 3. Eine Lieferung liegt vor, wenn eine Sache bloss geprüft, geeicht, reguliert bzw. nicht verändert wird ⌚ **Werkvertrag**.
- Verkäufe ans Ausland **Achtung:** Lieferungen von Gegenständen **direkt an das Ausland** sind nach **MWST 19 II Nicht steuerpflichtig**.
- DL **MWSTG 7**
- Eine DL im Sinne des MWSTG ist jede Leistung, die keine Lieferung von Gegenständen darstellt. *BSP: Vermögensverwaltung, Beratung, Taxi, Liefersdienst etc.*
- Eigenverbrauch **MWSTG 9**
- Entnahmeverbrauch: Die steuerpflichtige Person entnimmt aus der UG einen Gegenstand, **der ihn schon zum Vorsteuerabzug berechtigt hat**. Da er diesen Gegenstand nicht verkaufen wird, sondern selber benutzen, muss er anstatt der Umsatzsteuer eine Eigenverbrauchssteuer abgeben ⌚ stung nur bei Einzel-UG. **Bei AG und GmbH usw. liegt in solchen Fällen eine entgeltliche Lieferung vor** ⌚ Umsatzsteuer wird verrechnet.
- Umgekehrt: Man kauft z.B. ein Auto und benutzt diese ausschliesslich für Geschäftszwecke: somit kann die bezahlte MWST als Vorsteuer von seinen kumulierten Umsatzsteuern abgezogen werden ⌚ Freude herrscht!!!
- Weihnachtssessen Unter der Bedingung nach **MWST 9 I c**, das **mehr als 300 CHF pro Person** ausgegeben wird, werden die Weihnachtssessens-Kosten als Eigenverbrauch deklariert \rightarrow **also Umsatzsteuer verrechnen**.
- Ort der Lieferung** **MWSTG 13:** Als Ort der Lieferung gilt der Ort, wo:
- a. sich der Gegenstand zum Zeitpunkt der Verschaffung der wirtschaftlichen Verfügung über ihn (**Kauf**), der **Ablieferung** oder der **Überlassung zum Gebrauch** befindet;
 - b. die Versendung des Gegenstandes zum Abnehmer beginnt. Also der Ort, wo die Beförderung an dem Empfänger ist, unabhängig wo sie hingeht.

Ort der DL.	<p>MWSTG 14: Als Ort einer DL gilt der Ort, an dem der Dienstleister den Sitz seiner wirtschaftlichen Tätigkeit oder Betriebsstätte hat, von wo aus die DL erbracht wird.</p> <p>⌘ die Umsätze müssen mit einer MWST belastet werden, sofern der Dienstleister in der CH ist! ⌘ Erbringerortsprinzip</p> <p>Ausnahmen stellen die Abschnitte MWSTG 14 II + III dar! Also all diese Umsätze müssen NICHT mit einer MWSTG belastet werden!</p> <p>⌘ Empfängerortsprinzip</p> <p>MWSTG 14 III: Als Ort einer DL gilt der Ort, an dem der Empfänger den Sitz seiner wirtschaftlichen Tätigkeit oder Betriebsstätte hat, für welche die DL erbracht wird.</p> <p>⌘ Leistungen auf dem Gebiet der Werbung, Treuhänder, Anwälte, Buchprüfer, Dolmetscher, Vermögensverwalter, Telekommunikation usw. usw.</p>
Bemessungsgrundlage	1. MWST 33: Bei Lieferung und DL wird die MWST vom Entgelt berechnet.
Dauerhafte Entnahme	2. MWST 34: Beim Eigenverbrauch wird die MWST aufgrund des Einkaufspreises bei neuen Gegenständen und vom Zeitwert bei gebrauchten Gegenständen berechnet. Zur Ermittlung des Zeitwertes wird für jedes abgelaufene Jahr linear 1/5 abgeschrieben.
Ausnahmen	<p>MWSTG 33 III: das tatsächlich bezahlte Entgelt vom Personal</p> <p>MWSTG 33 IV: Tausch: Wert der jeweils anderen Gegenstände oder DL.</p> <p>MWSTG 33 IV: Bei Garantiarbeiten, nur der Werklohn</p>
Vorübergehende Entnahme	Für die BMG von beweglichen Gegenständen (max. 6. Mt.) und unbeweglichen Gegenständen (max. 12 Mt.) wird der Mietwert, wie er unter fremden Dritten vereinbart würde, als BMG gebraucht. MWSTG 34 III
Steuersatz / Mass	<p>MWSTG 36: Alle Umsätze unterliegen grundsätzlich dem Normalsatz von 7,6 %. Ausser:</p> <p>1. Sondersatz von 3,6% bei: Beherbergungsleistungen (Unterkunft und die direkten Nebenleistungen wie Zimmerreinigung etc.)</p> <p>2. Reduzierter Satz von 2,4 % bei: Wasser in Leitungen, Ess + Trinkwaren (ausser Alkohol) ⌘ achtung: die 2,4 % gilt nicht für Ess- und Trinkwaren, die im Rahmen von gastgewerblichen Leistungen abgegeben werden → Restaurant, Vieh, Geflügel, Fisch, Getreide, Sämereien, Setzknollen, Schnittblumen, Düngemittel, Medikamente, Zeitung, Bücher etc.</p>
Gemischte Verwendung	Verwendet jemand Gegenstände oder DL für Zwecke, die zum Vorsteuerabzug berechtigenden als auch für andere (private) Zwecke, so ist der Vorsteuerabzug nach dem Verhältnis der Verwendung zu kürzen. Verwendung von mehr als 50% für geschäftliche Zwecke = voller V-S.-Abzug. Verwendung von weniger als 50% für geschäftliche Zwecke (also privat) = Kürzung des V-S.-Abzugs von prozentualen privaten Gebrauch, nach MWSTG 41 I & II